

**Vortrag von Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, am**  
**24.4.2009 beim RDA Internationaler Bustouristik Verband in Schwerin**

Sehr geehrter Herr Präsident Eberhardt, sehr geehrter Herr Gauf!

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung, anlässlich Ihrer Mitgliederversammlungen sprechen zu können, wenn auch zu einem Thema, das angenehmer sein könnte.

Ich danke Ihnen aber auch nicht ganz uneigennützig. Denn so kann ich die BUGA quasi noch fast jungfräulich erleben. (Habe Aufbau vor allem in den Wintermonaten regelmäßig verfolgen können).

Deshalb meinen Glückwunsch zu der Wahl Ihres Versammlungsortes. Da kann ich nur sagen:

„Die richtigen Verbände zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle.“

Glückwunsch auch zu dem Motto Ihrer Mitgliederversammlungen: „Gute Aussichten durch fundierte Einsichten - Die Chancen der Krise nutzen“.

Dieses Motto ist eines mittelständisch geprägten Verbandes absolut würdig. Wer sonst als der Mittelstand könnte angesichts der derzeitigen Situation den Kopf oben behalten und versuchen, in der Krise auch Chancen zu sehen.

Sehr geehrter Herr Gauf, als wir uns Ende September vergangenen Jahres in Hannover kennenlernten, war von den düsteren Wolken, die sich dann immer drohender am Konjunkturm Himmel zusammen zogen, unmittelbar noch nichts zu sehen.

Aber dann sind wir alle wieder einmal dahingehend belehrt worden, dass sich von heute auf morgen die Verhältnisse dramatisch verändern können.

Eben noch himmelhochjauchzend – und wenig später zu Tode betrübt.

Himmelhochjauchzend – was den Abbau der Neuverschuldung, die Entwicklung der Steuereinnahmen, das Wirtschaftswachstum, den Export betrifft.

Und jetzt zu Tode betrübt.

Aber die Finanzkrise fiel nicht vom Himmel. Erste Anzeichen gab es schon Mitte vergangenen Jahres

So kam es nicht von ungefähr, dass wir bei der Planung des Schwarzbuchs 2008 „Die Öffentliche Verschwendung“ die bis zur Endredaktion für Deutschland relevanten Ereignisse in einem eigenen Kapitel aufgenommen haben. Exemplarisch sind dort die Vorgänge um die IKB, die BayernLB und die „Swap“ Geschäfte der Kommunen.

Diese Beispiel belegten, dass staatseigene Banken oder Banken mit staatlicher Beteiligung sich deutlich verzockt hatten. Wir forderten sofort, dass es in Zukunft staatseigenen Banken oder Banken, die sich überwiegend in staatlichem Besitz befinden, untersagt werden muss, hochspekulative risikoreiche Geschäfte zu machen.

Doch damit nicht genug. Mit Steuergeldern im großen Stil spekulierten auch Städte und Gemeinden. Mit sogenannten Swap-Geschäften hat die Stadt Hagen mehr als 50 Mio. Euro verloren, Remscheid 13 Mio. Euro, Neuss 10 Mio. Euro, Mühlheim 6 Mio. Euro, die Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland rund 4,4 Mio. Euro. Damit ist die Liste längst nicht abgeschlossen. Experten schätzen, dass bundesweit rund 700 Kommunen Swap-Geschäfte abgeschlossen haben und noch viele Millionen Euro Steuergeld verloren gehen.

Auch jetzt, sieben Monate später, steht das ganze Ausmaß der Lasten aus der Finanzkrise auf allen staatlichen Ebenen und der privaten Banken für die Steuerzahler derzeit noch nicht fest.

Fast jeden Tag gibt es neue Hiobsbotschaften. So erst vor wenigen Tagen, als der IWF neue Schätzungen über die Höhe fauler Papiere in der ganzen Welt bekanntgab.

Während noch vor Kurzem Millionen mit Milliarden verwechselt wurden, läuft man heute Gefahr, Milliarden mit Billionen zu verwechseln.

Eines steht aber jetzt schon fest: Die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden wird sich in diesem und im nächsten Jahr dramatisch erhöhen.

Wir schätzen, dass sie allein in diesem Jahr 140 Mrd. Euro betragen wird und nicht, wie uns immer wieder eingeredet werden soll, 50 Mrd. Die betreffen allein den Bund.

70 Mrd. bei Bund Ländern und Gemeinden und 70 Mrd. über den Finanzmarktstabilisierungsfonds.

Das bedeutet, dass die Neuverschuldung pro Sekunde von 474 Euro im vergangenen Jahr auf 4.439 Euro ansteigt. Unsere Schuldenuhr in Berlin haben wir bereits umgestellt.

Wenn Sie jetzt, in diesem Augenblick vor der Schuldenuhr stehen würden, würden Sie mit dem aktuellen Schuldenstand von 1.558.483.467.420.-- € konfrontiert.

Bis Ende des Jahres wird sich der Schuldenstand auf über 1.64 Bio € erhöhen.

Nun wurde immer wieder versucht, uns einzureden, wir hätten keine Konjunkturkrise, sondern eine Wirtschaftskrise.

Deshalb seien außergewöhnliche Maßnahmen notwendig, die eine hohe Neuverschuldung rechtfertigten.

Nichtsdestoweniger sind Konjunkturpakete verabschiedet worden.

Ob diese Konjunkturpakete die erhoffte Wirkung bringen werden, kann ebenfalls heute noch niemand sagen. Immer noch leben wir vom Prinzip Hoffnung.

Die Subvention zum Ankauf eines neuen Autos oder Abwrackprämie genannt hat ja eingeschlagen.

Wer lässt sich nicht auch gerne mal eben 2.500,-- Euro schenken. Was die Regierung aber ebenso gerne vergisst zu sagen, ist, dass es sich letzten Endes wieder um nichts anderes handelt, als einen Autokauf auf Pump, nur eben zu Lasten der Allgemeinheit plus Zinsen.

5 Mrd. Euro Schulden für die aus unserer Sicht wirtschaftspolitisch völlig verfehlte Prämie bedeuten für die Steuerzahler Zinslasten von 200 Mio. Euro jährlich und einem Schuldenzuwachs von 158 Euro pro Sekunde.

Und die zahlt nicht der Bundesfinanzminister zurück, sondern wir alle, auch die die sich keinen neuen Wagen gekauft haben.

Jetzt noch die Abwrackprämie für Hartz IV Empfänger vorzuschlagen, ist ein Stück aus dem Tollhaus. Das hat mit der vielbeschworenen sozialen Gerechtigkeit nun wirklich nichts mehr zu tun.

Ich frage mich aber auch ganz abseits von solchen Gedanken: Welcher Hartz IV Empfänger hat überhaupt soviel Geld auf der hohen Kante, dass er sich ein neues Auto kaufen kann?

Aber Ich fürchte auch, dass sich die Altwagenbesitzer bald daran gewöhnen, ihren Neuwagenkauf von der Allgemeinheit subventioniert zu bekommen und die Abwrackprämie zu einer ständigen Einrichtung wird.

Zwar haben die vom Kabinett in beschlossenen Steuersenkungen im Vorfeld hohe Erwartungen geweckt. Ich fürchte nur, dass die Enttäuschungen groß sein werden.

Begrüßenswert: Eingangsteuersatz zu senken, Grundfreibetrag zu erhöhen.

Für die breite Mittelschicht der Steuerzahler bedeuten diese Maßnahmen aber keine spürbaren Entlastungen.

Im Gegenteil: es wurden Nebelkerzen gezündet, um von einer wahren Entlastung abzulenken.

Auch die neusten steuerpolitischen Pläne der SPD bezeichne ich als völlig konzeptlos. Die 300,- Euro-Prämie für die Nichtabgabe der Steuererklärung ist reine Augenwischerei. Sie ist zudem steuersystematisch total verfehlt und nichts anderes als ein populistisches Wahlgeschenk.

Genauso bezeichne ich auch den Kinderbonus von 100,---.

Was wir dringend brauchen, ist eine grundlegende Reform der Einkommensteuer.

Dazu gehört vor allem,

- dass der Knick im Tarif verschwindet,
- dass die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz auf 60.000,- Euro angehoben wird und
- dass der Tarif an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst, also auf Räder gestellt wird.

Die Pläne der Bundesregierung, die für das zweite Konjunkturpaket aufzunehmenden Schulden möglichst schnell wieder zurückzuzahlen, sind grundsätzlich zu begrüßen.

Aber dazu muss es Überschüsse in den Haushalten geben, dazu muss die Bundesbank Gewinne machen.

Dazu müssen die Steuereinnahmen wieder steigen.

Dazu brauchen wir Wachstum.

Dazu brauchen wir vor allem einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern auch im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket.

Denn wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit.

Nur wir, die Steuerzahler, sind die Finanziere aller der schönen Wohltaten, die die Politik besonders jetzt im beginnenden Wahlkampf über uns auszuschütten beginnen.

Zudem brauchen wir eine Schuldenbremse.

Ich begrüße ausdrücklich, dass sich die Föko II in letzter Minute doch noch auf einen Kompromiss einigen konnte, der fast auch an der Haltung der Bundesländer gescheitert wäre, die in der Schuldenfalle sitzen und ohne die Hilfe anderer Länder und der Bundes da nicht rauskommen.

Aber es ist letzten Endes doch ein grundsätzlicher Sinneswandel eingetreten, wie man der Schuldenmacherei einen Riegel verschieben will.

In Meck-Pomm schon vor einigen Jahren.

Stolz darauf, hierauf nicht unwesentlichen Einfluss genommen zu haben (Schuldenuhr, Schulden von heute sind die Steuern von heute)

Was mich z. Zt. aber am meisten umtreibt, ist meine Sorge vor einem sich einschleichenden Staatskapitalismus.

Denn die Form der Rettung, wie sie etwa bei der Commerzbank angewandt wurde, riecht nach staatsmonopolistischem Kapitalismus.

Weiter geht es bereits mit dem Kauf der Postbank durch die Deutsche Bank, die den Kaufpreis mit Aktien bezahlt.

Damit wird der Staat quasi Miteigentümer der Deutschen Bank.

Die Vorgänge um die Schaeffler-Conti Gruppe sind der nächste Schritt.

Ich habe Sorge um einen alles an sich reißenden Staat, der demnächst möglicherweise auch Miteigentümer von Automobilunternehmen werden wird.

Um Steuergelder geht es letzten Endes immer.

Denn niemand in D. braucht sich der Hoffnung hinzugeben, dass eines Tages ein Supermilliardär auftaucht und unsere Schulden zurückzahlt.

Der Staat war noch niemals eine Kuh, die im Himmel Gras frißt und auf Erden Milch gibt.

Es ist richtig,

- dass wir nicht mehr in einer geschlossenen Volkswirtschaft leben

- dass gerade Deutschland als sog. Exportweltmeister besonders davon abhängig ist, wie andere Vw. die Wirtschaftskrise bekämpfen

- dass die Banken in unserem Finanzierungssystem von Investitionen eine überragende Rolle spielen

- dass durch den Rettungsschirm für die Banken die Kreditvergabe wieder erleichtert und das Sparkapital geschützt werden soll.

Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass für all das letztlich der Steuerzahler haftet.

Zwar begrüße ich, dass es zumindest nach den Plänen der Bundesregierung nicht zu einer zentralen staatlichen „bad bank“ kommen soll.

Die von jeder Bank, also institutsspezifische bad banks sind die bessere Lösung, um die Verantwortlichkeiten der einzelnen Banken und damit die Belastungen der Steuerzahler so gering wie möglich zu halten.

Im Rahmen solcher bad banks darf es nur Bürgschaften der Steuerzahler für solche Wertpapiere geben, die nur ein geringes Ausfallrisiko haben.

Für die sogenannten toxischen, also vergifteten Papiere, verbieten sich Bürgschaften der Steuerzahler. Dafür dürfen sie nicht in Haftung genommen werden.

An dieser Stelle mache ich abermals deutlich, dass wir die Politik auffordern, klare und eindeutige Forderungen an die Bankwirtschaft im Zuge der Bürgschaften zu stellen.

- Die Banken müssen umfassend darüber informieren, in welcher Höhe Bürgschaften notwendig sind! Die Salami-Taktik der Hypo Real Estate darf sich nicht nochmal wiederholen.
- Die Bundesregierung muss energisch personelle Konsequenzen bei der Bankwirtschaft bzw. den betroffenen Banken einfordern. Die Verantwortlichen müssen zu Ihrer Verantwortung auch stehen.
- Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass weder Bürgschaften noch Steuergelder für Abfindungen von Manager fließen.
- Die Bundesregierung muss die Banken verpflichten, dass die gewährten Kredite an den Staat wieder zurückgezahlt werden. Wenn Verluste in diesem Fall sozialisiert werden, dürfen Gewinne der Banken auch nicht privatisiert bleiben.

Die Finanzkrise dominiert derzeit die Nachrichtenlage und das politische Geschehen. Für den normalen Bürger sind die Summen, um die es geht nicht, vorstellbar.

Ebenfalls sind das Ausmaß und die Folgen der Krise noch nicht abschätzbar. Es ist aber mehr als verständlich, dass ein breiter Konsens darüber besteht, dass die Verantwortlichen in Regress genommen werden müssen. Auch der Bund der Steuerzahler steht zu dieser Forderung.

Alle politisch Verantwortlichen sind es den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern schuldig, dass mit ihrem hart erarbeiteten Geld sorgsam umgegangen wird.

Dabei muss den Verantwortlichen immer bewusst sein, dass sie nur Treuhänder sind. Der Staat wird von seinen Bürgern finanziert. Damit hat er auch eine besondere Verpflichtung zur Sorgfalt.

Die Politik ist es dem Steuerzahler schuldig, alles dafür zu tun, dass Bankenmanager für den von ihnen verursachten Schaden auch haften.

Folgerichtig ist es auch notwendig, dass auch diejenigen, die vorsätzlich oder fahrlässig Steuergelder verschwenden, strafrechtlich, disziplinarisch oder auf dem Wege des Regresses belangt werden. Unsere Forderung, den Straftatbestand der Amtsuntreue in das Strafgesetzbuch einzuführen, erhält eine neue Dimension.

Auch ist es aus meiner Sicht unabdingbar, dass die einseitige Finanzpolitik der Bundesregierung, die im Namen der Konjunktur- oder Wirtschaftskrise nur auf Mehrausgaben gesetzt hat, ein Ende haben muss.

Vollständig aus den Augen verloren hat sie unzählige zweifelhafte Ausgaben, die weder in konjunkturellen Boomphasen noch in Krisenzeiten ökonomisch zweckmäßig sind.

Ich nenne die Subventionen, zweifelhafte Forschungs- und Umweltförderungen, Entwicklungshilfe, Verwaltungs- und Personalausgaben, und unwirksame Arbeitsmarktfördermaßnahmen.

So aber lässt John Maynard Keynes grüßen, der vor kurzem selbst noch vom Sachverständigenrat in die Mottenkiste verbannt worden ist.

Handlungsspielräume gibt es in der Wirtschaftskrise also genug.

Allerdings – und das will ich nicht verschweigen – ist es zunächst schwierig, sie auch zu erkennen.

Auch wenn die globale Krise nicht wie ein Erdbeben völlig unerwartet über uns hereingebrochen, so stellt sie doch ein erstmaliges Ereignis dieser Größenordnung dar, für das es keine Lösungen gibt, die man in einem ökonomischen Lehrbuch finden kann.

Vielleicht ist der Vergleich nicht zulässig. Aber ich möchte ihn trotzdem wagen:

Als es 1989 zur Wiedervereinigung kam, wusste auch so keiner ganz recht, welches denn der richtige Weg sei.

Es gab kein Vorbild dafür, wie die Vereinigung eines sozialistischen Staates mit einem kapitalistischen Staat vonstatten zu gehen habe. Dafür gab es auch kein Vorbild, geschweige denn ein Lehrbuch.

Es wurden viele Fehler gemacht, die uns Steuerzahler viel Geld gekostet haben.

Ob die Konjunkturpakete, Schutzschirme, direkten Hilfen an Banken und Unternehmen, bad banks, Prämien, Boni, usw.usw. ebenfalls viel Geld verbrannt wird, werden wir erst später wissen.

Sie können aber sicher sein, dass der Bund der Steuerzahler mit Argusaugen beobachten wird, wie z.B. die Gelder für die Investitionen in den Kommunen und Ländern verwandt werden. Wir fürchten nämlich, dass in der Hektik und Eile, mit der die Ansprüche angemeldet werden mussten, zu unnötigen und dem Konjunkturschub nicht dienenden Maßnahmen führen werden.

Hoffen wir aber alle gemeinsam, dass das Motto Ihrer Mitgliederversammlungen eines Tages zu einem Lehrsatz werden wird.

Nehmen Sie aus Schwerin gute Einsichten mit.